



LAND SALZBURG

Legislativ- und
Verfassungsdienst

Zahl (Bitte im Antwortschreiben anführen)

20031-BG/10/387-2020

Datum

25.06.2020

Chiemseehof

Postfach 527 | 5010 Salzburg

Fax +43 662 8042-2165

landeslegistik@salzburg.gv.at

Frau Mag. Dr. Perner

Telefon +43 662 8042-2748

Betreff

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz und das Bauern-Sozialversicherungsgesetz geändert werden; Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum im Gegenstand bezeichneten Gesetzentwurf gibt das Amt der Salzburger Landesregierung folgende Stellungnahme bekannt:

Das im Betreff angeführte Gesetzesvorhaben wurde vom Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz mit einem am 23.6.2020 um 21:09 Uhr datierten Begleitschreiben den Ländern zur Begutachtung übermittelt, wobei die eingeräumte Begutachtungsfrist lediglich bis Freitag, 26.6.2020, festgelegt worden ist. Von Seiten des Bundeslandes Salzburg wird diese Vorgangsweise des Bundes entschieden abgelehnt. Es ist nicht möglich, ein Gesetzesvorhaben mit diesem Umfang und dieser Komplexität binnen weniger Arbeitstage einer seriösen Begutachtung zu unterziehen. Im Hinblick darauf behält sich das Amt der Salzburger Landesregierung die Abgabe einer abschließenden Stellungnahme vor.

Eine erste Grobprüfung hat bereits ergeben, dass es entgegen den Erläuterungen, die keine Kostenfolgen für die Länder implizieren, zu Mindereinnahmen bei den Krankenversicherungsbeiträgen kommt. Dies führt zu einer finanziellen Betroffenheit auf Länderseite, da sinkende Krankenversicherungsbeiträge geringere Beiträge der Sozialversicherungsträger an die Landesgesundheitsfonds bedeuten. Damit einhergehend sind höhere Abgänge in den Krankenanstalten, die wiederum von den Ländern abzudecken sind.

www.salzburg.gv.at

Amt der Salzburger Landesregierung | Landesamtsdirektion | Verfassungsdienst und Wahlen

Postfach 527 | 5010 Salzburg | Österreich | T +43 662 8042-0* | post@salzburg.gv.at | ERSB 9110010643195

Diese Stellungnahme wird der Verbindungsstelle der Bundesländer, den anderen Ämtern der Landesregierungen, dem Präsidium des Nationalrates und dem Präsidium des Bundesrates ue zur Verfügung gestellt.

Mit freundlichen Grüßen
Für die Landesregierung:
Dr. Reinhard Scharfetter, MBA
Landesamtsdirektor-Stellvertreter

Amtssigniert. Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur oder des elektronischen Siegels finden Sie unter www.salzburg.gv.at/amtssignatur

Ergeht an:

1. Bundesministerium für Soziales Gesundheit Pflege und Konsumentenschutz, Stubenring 1, 1010 Wien, E-Mail
2. Bundesministerium für Soziales Gesundheit Pflege und Konsumentenschutz, Stubenring 1, 1010 Wien, E-Mail: CC
3. Amt der Burgenländischen Landesregierung, E-Mail: CC
4. Amt der Kärntner Landesregierung, E-Mail: CC
5. Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, E-Mail: CC
6. Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, E-Mail: CC
7. Amt der Steiermärkischen Landesregierung, E-Mail: CC
8. Amt der Tiroler Landesregierung, E-Mail: CC
9. Amt der Vorarlberger Landesregierung, E-Mail: CC
10. Amt der Wiener Landesregierung , Magistratsdirektion der Stadt Wien, Geschäftsbereich Recht - Gruppe Verfassungsdienst und EU-Angelegenheiten, E-Mail: CC
11. Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1010 Wien, E-Mail: CC
12. Parlamentsdirektion - Abteilung L 1.6 Parlamentarische Dokumentation, Archiv und Statistik, E-Mail: CC
13. Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz - Verfassungsdienst, Wickenburggasse 8, 1080 Wien, E-Mail: CC
14. Institut für Föderalismus, Maria-Theresien-Straße 38b, 6020 Innsbruck, E-Mail: CC
15. Abteilung 8 Finanz- und Vermögensverwaltung, Kaigasse 2A, Postfach 527, 5020 Salzburg (Abschrift), Intern